

Autor*in: Marius Ferdin

Neue Hanse für kommunales Gemeinwohl

Im Folgenden möchte ich eine mögliche netzpolitische Kampagnenstrategie vorschlagen, die allerdings auch für andere zivilgesellschaftliche Gruppen, etwa ökologische und linke Initiativen, anschlussfähig wären und somit eine breite Mobilisierung innerhalb des emanzipatorisch-sozial-ökologischen Spektrums ermöglichen könnte. Der Vorschlag ist sehr ambitioniert, aber vor dem Hintergrund, dass der Problemdruck der ausufernden Macht, sowohl der Tech-Oligopole, als auch der Sicherheitsbehörden, inzwischen so drängend und vor allem endgültig geworden ist, sollten diese Machtkonzentrationen, meiner Ansicht nach, grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Dies wird allerdings nur möglich sein, wenn Alternativen aufgebaut werden, die, analog zu den Erneuerbaren Energien im Energiesektor oder ÖPNV/Radwege im Verkehrssektor, einer breiteren Masse von Menschen eine nachhaltige Technologienutzung im Sinne des Gemeinwohls ermöglichen. Aus diesem Grund sollte es das Hauptziel einer derartigen Mobilisierung sein, finanzielle Ressourcen und gesetzliche Regelungen für den Aufbau und die Institutionalisierung von freier und offener IT-Infrastruktur und - Expertise zu erkämpfen.

Städtebund:

Dieser Vorschlag geht davon aus, dass ein Städtebund momentan der beste Weg ist, Machtoptionen für einen möglichst schnellen und umfassenden emanzipatorisch-sozial-ökologischen Politikwechsel zu entwickeln.

Bis auf die relativ kleinen Länder Portugal und Neuseeland, gibt es in den transatlantisch geprägten, liberalen Demokratien derzeit auf nationaler Ebene kaum die notwendigen Mehrheiten für Parteien des sozialdemokratischen - ökologischen Spektrums. Stattdessen sind die Gesellschaften vieler dieser Länder entlang verschiedener Identitätskonfliktlinien vor allem kulturell, aber auch wirtschaftlich und geographisch gespalten.

So haben viele Menschen im eher ländlich geprägten Raum Angst vor den gravierenden Veränderungen, die Globalisierung und Digitalisierung bereits jetzt in ihren Regionen ausgelöst haben und die sich in den kommenden Jahrzehnten noch um einiges drastischer auswirken werden. Diese Ängste, oftmals in Verbindung mit einem illiberal – religiös, patriarchalisch geprägten Weltbild, sorgen momentan dafür, dass ein nicht unwesentlicher Anteil der Menschen in diesen Regionen empfänglich für die Lügen und die Propaganda von reaktionären Demagogen und autoritären Führerfiguren ist.

Gleichzeitig sind durch den drohenden Klimawandel und die andauernden Auswirkungen der Finanzkrise von 2008, in den meisten wirtschaftsstarken Metropolregionen die Wählerpotentiale für eine ökologischere und sozialere Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren wieder stetig gewachsen. Und in vielen Metropolen gibt es bereits jetzt schon stabile Mehrheiten für Parteien und Policies, die eine Abkehr von der neoklassisch geprägten Wirtschaftspolitik der letzten vierzig Jahre versprechen. Beispielsweise ist New York heutzutage nicht mehr nur das Zentrum des globalen Kapitalismus, sondern ist inzwischen auch das Zentrum der neuen US-amerikanischen Linken geworden und wird vermutlich nach der Wahl 2020 mehrheitlich sozialdemokratisch regiert und repräsentiert werden. Und in Berlin, der Hauptstadt der mit Abstand größten Volkswirtschaft in der EU, wird sogar der rot-rot-grüne Senat in vielen Politikfeldern von progressiven, zivilgesellschaftlichen Aktionen, Initiativen und Gesetzesinitiativen per Volksentscheid zum Politikwechsel angetrieben.

Durch einen transnational, aber gleichzeitig auch regional orientierten Städtebund könnten, zum einen diese geographisch verstreut liegenden, emanzipatorisch-sozial-ökologischen Mehrheiten in den Metropolen zusammengeführt werden und so Synergien in der Entwicklung und Finanzierung progressiver Kommunalpolitik zu nutzen und diesen zu einer größeren Durchsetzungskraft zu verhelfen. Und zum anderen könnten die Metropolen in den sie umgebenden ländlichen Gebieten, verbündete kleinere Städte und Gemeinden suchen, um mit diesen zusammen Synergien für die Entwicklung der jeweiligen Regionen zu nutzen, wodurch die kulturelle Spaltung zwischen ländlichen Gebieten und den Metropolen überwunden werden könnte.

Gemeinwohlstandsfonds:

Die Gründung eines gemeinsamen Eco-Social-Tech-Funds, analog zu bereits existierenden Social-Wealth-Funds, wie dem Norwegischen Staatsfonds oder dem Alaska Permanent Fund, könnte die institutionelle Basis eines solchen Städtebundes bilden. Jede beteiligte Kommune sollte dabei anteilig pro Einwohner*in einen festgelegten Betrag über einen Zeitraum von 10 Jahren in diesen Fond einzahlen. Dieser Betrag sollte dabei solidarisch an die Lebensbedingungen in den jeweiligen Regionen angepasst werden, um auch Kommunen aus ärmeren Regionen einen gleichberechtigten Beitritt zu ermöglichen. Im Falle Berlins erscheint ein Betrag von €60 pro Kopf, etwa €222 Mio. pro Jahr, als angemessen und realistisch.

Die Gelder des Fonds sollten zu gleichen Teilen in die gemeinsame Bewältigung der drei großen Zukunftsaufgaben - Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Armutsbekämpfung und sozialer Zusammenhalt, sowie Bewahrung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte im digitalen Zeitalter - investiert werden.

Mobilisierung:

Aufgrund einer sehr stabilen rot-rot-grünen Mehrheit im Senat, sowie seiner wachsenden nationalen und internationalen Bedeutung, könnte Berlin, neben Städten wie Barcelona oder San Francisco eine gewichtige Rolle in einem solchen Zusammenschluss übernehmen. Der Berliner Senat sollte daher in den Jahren 2020/21 dazu gebracht werden, einen solchen Gemeinwohlstandsfonds im Rahmen eines umfassenden Investitions- und Reformprogramms auf den Weg zu bringen.

Mögliche Policies und Ziele für Investitionen im IT-Bereich:

- Institutionelle Integration eines IT-Infrastruktur und Software Rates in die jeweiligen kommunalen Regierungsstrukturen. Dieser sollte den IT-Bedarf der einzelnen Ressorts koordinieren, sowie eine Plattform für den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren darstellen.
- Investition in die Neu- oder Weiterentwicklung kritischer Software-Infrastruktur, wie Betriebssysteme, Verschlüsselungssoftware, Datenbanksoftware, Browser etc., mit freier und quelloffener Software.
- Umsetzung eines Transparenzgesetzes mit neu entwickelter, freier und quelloffener Software.
- Entwicklung, Koordinierung und Institutionalisierung von IT-Expertise in den städtischen Verwaltungen durch den Aufbau von attraktiven Studiengängen und einer internen Weiterbildungsinfrastruktur.
- Investition in die Ausbildung und Weiterbildung von Lehrer*innen für den Informatikunterricht an den Schulen und in der Erwachsenenbildung
- Förderung und Koordinierung eines gemeinwohlorientierten, unkommerziellen IT-Sektors in den Städten, beispielsweise Open-Data- oder Open-Infrastructure-Initiativen
- Entwicklung von freien und offenen digitalen Lehrmitteln für Schulen und Universitäten

- Entwicklung und Institutionalisierung einer Schnittstellenhoheit der Kommunen gegenüber kommerziellen Interessen, was zu einer Steuerung und Besteuerung des Verhaltens von Unternehmen genutzt werden kann.

Mögliche Policies und Ziele für Investitionen im gemeinsamen Kontext von IT- und Ökologischer Nachhaltigkeit:

- Entwicklung einer Nachhaltigkeitsbilanzierungssoftware für die Behörden, Verwaltungen und kommunalen Betriebe.

Mögliche Policies und Ziele für Investitionen im gemeinsamen Kontext von IT- und Sozialer Nachhaltigkeit:

- Etablierung von Polytechnischen Bürgerberatungszentren in den Kommunen. Diese sollten die Menschen bei Problemen im Umgang mit technischen Geräten unterstützen, sowie Fort- und Weiterbildungen in diesem Bereich anbieten.

Quelle zu Social-Wealth-Funds:

<https://www.peoplespolicyproject.org/projects/social-wealth-fund>